

## Megafon der Staatsmacht

Das Schweizer Radio und Fernsehen rühmt sich seines «unabhängigen» Journalismus. Man behauptet, einen «staatsfernen» Service public zu betreiben. Eine vertiefte Analyse der wichtigsten Sendungen zeigt das Gegenteil: Der Staatssender ist ein verlässliches Sprachrohr der politischen Klasse.

Von Roger Köppel



Unheimliche Nähe zum juste milieu: SRG-Generaldirektor Roger de Weck, 2013. Bild: René

Ruis (Keystone)



**Roger Köppel**

«Der Berlusconiismus», weiss der Experte, «ist keine Krankheit, die von aussen kam.» Vielmehr hätten die Italiener eine Allergie, die sie daran hindere, die Gesetze zu befolgen. Ein anderer Gewährsmann stimmt zu. Berlusconi sei ein Produkt aus den Abgründen der italienischen Geschichte. Kein Widerspruch, keine Gegenfrage. Im Hintergrund hebt süssliche Kitschmusik an, um die Thesen zu untermauern: Italien im Griff eines diabolischen Clowns, lächerlich, aber auch gefährlich.

Am unteren Bildrand weist derweil die Namensleiste den Allergie-Experten als ehemaligen italienischen Staatsanwalt aus. Er hat versucht – vergeblich, wie wir folgern müssen – den Cavaliere hinter Schloss und Riegel zu bringen. Seine Enttäuschung über das eigene Versagen als Fahnder lässt er vor den Fernsehkameras als Vorwurf gegen Berlusconi und dessen

Wähler aus. Die Kollegen der «Rundschau» wiederum verkaufen die Tirade ihrem Publikum als Analyse. Rhetorisch seufzt der Moderator: «Da soll einer die Italiener noch verstehen.»

Gegenfrage: Wie soll man die Italiener verstehen, wenn man sich ums Verstehen gar nicht erst bemüht?

### Jenseits der eigenen Leitlinien

Willkommen beim Schweizer Fernsehen, der mächtigsten Medienmonopolanstalt des Landes. Die SRG ist das entscheidende Leitmedium der Schweiz, konkurrenzlos, mit Zwangsgebühren finanziert von jährlich über einer Milliarde Franken, ein Monolith in der Landschaft, um den sich auch zahlreiche private Medienunternehmen scharen, darauf hoffend, dass auch für sie ein paar

Millionen an Gebührengebern abfallen. Die wechselseitigen Verflechtungen bringen es mit sich, dass der staatlich konzessionierte Medienmonopolbetrieb SRG über noch mehr Macht verfügt, als gesund ist. Die Privaten konkurrenzieren ihn nicht, sie leben von ihm. Alles ballt sich zu einem gewaltigen Konglomerat der Meinungsbildung.

Gemäss dem publizistischen Leitbild der SRG und ihrer Programme müssen sich die Bürger und Gebührenzahler, die bald identisch sein werden, allerdings keine Sorgen machen.

«Sachgerecht», «vielfältig» und «unabhängig» will der staatlich konzessionierte Sender sein. Die Redaktionen sollen «keine Ideologie, keine Partei oder sonstige Interessengruppen» bevorzugen: «Wir halten kritische Distanz zu allen Gruppierungen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Wir lassen uns vom Recht der Öffentlichkeit leiten, ein möglichst faktenreiches Bild vermittelt zu bekommen. Wir machen uns mit keiner Sache gemein [. . .]. Das Publikum kann sich auf unsere Integrität verlassen.»

Das klingt wundervoll, aber stimmt es auch? Nur wenige Wochen nach dem Berlusconi-Beitrag lauschte der interessierte Zuhörer gespannt dem «Echo der Zeit». Das tägliche Informationsmagazin des Schweizer Radios gilt als Flaggschiff, eine Bastion der Unbestechlichkeit, Vorbild aller Publizisten, hervorragendes Leitmedium der Anspruchsvollen, sogar von alt Bundesrat Moritz Leuenberger gelobt für seine Berichterstattung, die «Tag für Tag» so «differenziert» sei, wie «unsere Welt nun mal ist». Dass das «Echo» publizistisch nach Höherem strebt, wird allein schon durch den Umstand kenntlich, dass die Beiträge jeweils mit musikalischen Sphärenklängen untermalt werden, «die ins Nichts aushallen, als wäre ein Konsi-Lehrer beim Stimmen seines Instruments ins Grübeln über den Sinn des Lebens abgerutscht» (Thomas Widmer).

### **Thatchers Echo**

Als wir den Radioempfänger letzte Woche einschalteten, war gerade die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher gestorben. Der Tod der Eisernen Lady war dem «Echo» einen Schwerpunkt wert. In der angelsächsischen Welt war man sich parteiübergreifend nahezu einig, dass die resolute Regierungschefin das kranke Britannien der siebziger Jahre durch eine prinzipienfeste, sachlich vernünftige Politik auf einen Erfolgskurs zurückstemmte.

Es gab auch Kritik und sogar Polemik, doch wenn selbst die Labour-Führung Thatcher ausdrücklich lobt und wenn zudem die britische Königin wie zuvor nur beim Tod von Winston Churchill am Staatsbegräbnis teilnimmt, dann kann man davon ausgehen, dass es sich bei der Verschiedenen um eine Persönlichkeit von überdurchschnittlicher Qualität und Bedeutung handelt.

Davon war im giftigen Nachruf des «Echo»-Korrespondenten Martin Alioth allerdings fast nichts zu spüren. Der wortmächtige Ironiker, der intensiv an seinen Sätzen feilt, mäkelte an Thatcher herum und ratterte all die bekannten feindseligen Klischees herunter. Thatcher, bilanzierte Alioth düster, sei durchdrungen gewesen von «neokonservativ geprägten Dogmen» und «imperialer Nostalgie». Die «toxische Wirkung» ihrer Europapolitik belaste die Briten bis heute.

Zu Alioths Deutungen bleibt folgendes anzumerken..Erstens: Den Begriff des «Neokonservatismus», der auf die aussenpolitischen Berater des US-Präsidenten George W. Bush (2000–2008) gemünzt war, gab es zu Thatchers Zeiten noch gar nicht. Das Wort wird hier aus dem Zusammenhang gerissen, um die ausgesprochene Realpolitikerin Thatcher in ein schiefes Licht zu rücken. Zweitens: Mit der Wendung «imperiale Nostalgie» spielt Alioth auf den Falkland-Einsatz der britischen Truppen Anfang der achtziger Jahre an. Der Vergleich hinkt auch hier. Thatcher führte keinen imperialistischen Eroberungskrieg vor der Küste Argentinien. Sie verteidigte lediglich die Souveränität britischen Territoriums, das die argentinischen Junta-Generäle leichtsinnig attackiert hatten. Drittens: Was soll so «toxisch» gewesen sein an Thatchers Europapolitik? Dank der standhaften Politikerin ist den Briten die Teilnahme am Euro-Debakel erspart geblieben. Sie dürften das nicht als Belastung, sondern als Segen empfinden.

Nachhaltig irritiert zeigte sich der SRF-Korrespondent sodann über die Anteilnahme, die für ihn an «Heiligenverehrung» grenzt. Auf die Frage der nicht weniger Thatcher-kritischen Moderatorin Ursula Hürzeler, ob es denn keine Beispiele dafür gebe, dass das Thatcher-Modell «erfolgreich, also richtig erfolgreich» gewesen sei, gab Alioth eine bezeichnend irreführende Antwort. Die Verstorbene habe zwar die britische Industrie «zugrunde gehen lassen». Allerdings habe Thatcher es «der Unterklasse» ermöglicht, «billige Häuschen» zu erwerben. Die «Privilegienwirtschaft der Elite» sei bekämpft und der «Demokratie» geholfen worden.

Die Eisernen Lady als politische Immobilienmaklerin und Kämpferin wider das britische Klassensystem? Alioths Antwort ist erhellend falsch. Erhellend deshalb, weil Thatchers Leistung nicht darin bestand, dass sie aus vielen Briten Häuschenbesitzer machte, auch wenn dies eine praktische und wichtige Anwendung ihrer liberalkonservativen Politik war. Thatchers Geltung

kommt daher, dass sie mit grossem Erfolg eine ordnungspolitische Wende in Grossbritannien und in der Welt einleitete. Weg vom grossen Staat. Diesen Triumph missgönnen ihr viele Linke bis heute. Sie wollen es nicht wahrhaben, dass die Antisozialistin Thatcher ideologisch richtig lag. Nochmals Alioth: Thatcher habe eine «ungesunde Besessenheit» entwickelt für die Privatwirtschaft, «gegen staatliche Dienstleistungen». Grossbritannien sei davon bis heute «kontaminiert», zu Deutsch: verseucht. Auch das «Echo» klammert sich an die linken Irrtümer, die Grossbritanniens Premierministerin zertrümmerte.

### **Stütze des Staates**

Wir haben uns etwas länger an diesem Beispiel aufgehalten, weil es eine zentrale These dieses Artikels veranschaulicht. Trotz aller Pseudo-Neutralität und oberflächlichen Ausgewogenheit lässt sich an den wichtigsten SRF-Sendungen eine klare weltanschauliche Tendenz ablesen. Radio und Fernsehen schweben nicht neutral über den Dingen, sondern sie haben eine Botschaft, manchmal deutlicher, manchmal unterschwellig, meistens sichtbar. Die SRF-Programme stehen auf der Seite des Staates. Sie sind das Sprachrohr der Staatsmacht, ihre Stütze, ihre Bühne, ihr Megafon.

Was auch nicht weiter verwundert. Die SRG ist ein Produkt des Staates, dem sie ihre Existenz verdankt und einen Grossteil ihrer Einnahmen. Es wäre lebensfremd, wenn sie tatsächlich, wie ihre Leitlinien behaupten, «kritische Distanz zu allen Gruppierungen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens» halten könnte. Den staatsnahen Gruppierungen steht die SRG naturgemäss näher als den staatsfernen. Wirklich kritisch sind die staatlichen Radio- und Fernsehsender nur gegenüber jenen Kräften, die den Staat kritisieren.

Wir stützen uns bei diesem Befund auf eine detaillierte Auswertung der Sendungen «Rundschau», «Echo der Zeit», «Reporter», «Dok», «Kulturplatz», «Eco», «Arena», «Tagesschau» und «10 vor 10» im letzten halben Jahr. Nicht in allen Formaten dringt die Haltung gleichermassen durch. Natürlich gibt es Ausnahmen, gelungene Beispiele, auch hervorragende Arbeiten. Wer sich dem Leutschenbach-Sound in geballter Dosierung aussetzt, kommt freilich um die Erkenntnis nicht herum, dass hier ein erstaunlich festgefügtes Weltbild geschaffen und verteidigt wird. Das ist vor allem dort sichtbar, wo die SRF-Journalisten in eigenen Magazin-Formaten das Geschehen ordnen, Missstände definieren oder Themen setzen. Drei Punkte fallen sofort auf.

### **Klare Botschaften**

Erstens: Die Obrigkeit hat recht. Das wird nirgends so deutlich wie in der SRF-Berichterstattung über den automatischen Informationsaustausch. Die bundesrätliche Linie, vorgespurt durch Finanzministerin Widmer-Schlumpf, geht klar in Richtung Nachgeben. Die wendige Bündnerin will sich «bewegen», über die konkreten Bedingungen wird noch nachgedacht. Schweizer Fernsehen und Radio liefern seit Wochen den intellektuellen Begleitschutz für das Öffnungsmanöver. Sogar die sonst mit der Stoppuhr um Ausgewogenheit bemühte «Tagesschau» erlag am letzten Sonntag ihren Vorurteilen: Ausführlich berichtete sie über internationale Forderungen nach dem automatischen Datenaustausch an die Schweiz durch die G-20. Zu Wort kommt ausschliesslich Patrick Odier, Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, der sich neuerdings synchron mit Widmer-Schlumpf für den automatischen Datentransfer stark macht. Früher war er dagegen. Kritische Fragen oder Gegenstimmen bleiben aus. Odiers Zauberwort «proaktiv» steht unwidersprochen im Raum.

Was die «Tagesschau» nur unterschwellig andeutet, kommt in anderen Formaten als eindeutige Botschaft rüber. Das News-Magazin «10 vor 10» rollt zum gleichen Thema – G-20 rügt die Schweiz wegen mangelhafter Steuertransparenz – Bundesrätin Widmer-Schlumpf in einem Interview den roten Teppich aus. Die Finanzministerin erklärt ohne Einspruch, dass sie unter bestimmten Bedingungen bereit sein wird, das Bankkundengeheimnis vollends preiszugeben.

Das «Echo der Zeit» widmet sich dem gleichen Thema. Für Wirtschaftsredaktorin Maren Peters ist die Sache gegessen: «Zu glauben, die Schweiz habe noch eine Wahl [ . . . ], ist naiv.» Das Land sei zu klein, der Austausch «wird kommen». In einer anderen «Echo»-Sendung heisst es: Luxemburgs Wende zum automatischen Informationsaustausch «wird die Schweiz zwingen, ihr Geschäftsmodell zu überdenken». Das ist nicht der Tonfall tastender Erwägung. Hier wird die Marschrichtung vorgegeben. Argumente bleiben aus, die Behauptungen genügen sich selbst.

Der Gedanke, ob und wie man sich gegen die Einführung des gläsernen Bürgers allenfalls wehren könnte, wird nicht mal in Erwägung gezogen. Kritiker der Öffnung kommen nicht zu Wort. Der Zuschauer muss folgern: Nur Sturköpfe und Hinterwäldler stellen sich noch quer. Meinungseinfalt statt Meinungsvielfalt. Niemand denkt über die Schablone hinaus.

### **Es gibt keine Gegenmacht**

In Erinnerung bleibt lediglich ein «Rundschau»-Interview mit dem Bankier Thomas Matter vom 9. Januar dieses Jahres. Matter hatte eben ein parteiübergreifendes bürgerliches Komitee

gegründet für eine Volksinitiative zur Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung. Während die Finanzministerin ihre Botschaft im TV unwidersprochen diktieren durfte, drängte Moderator Sandro Brotz den Bankgeheimnisverteidiger Matter von Beginn weg mit frechen Suggestivbehauptungen in die Defensive: «Steuerhinterziehung ist für Sie ja ein Kavaliersdelikt.» Als Matter konterte, legte Brotz flegelhaft nach: «Man soll also weiterhin beschessen können in Ihrer Optik?» Niemals würde der selektiv kritische Moderator einem Bundesrat oder einem anderen Vertreter der Obrigkeit derart in die Parade fahren.

Zweitens: Die SRG-Journalisten messen mit ungleichen Ellen. Die staatlich konzessionierten Journalisten erachten es laut Leitbild als ihre Pflicht, «Ereignisse und Entwicklungen nicht nur abzubilden, sondern auch kritisch zu prüfen». Das ist ein heikler Punkt. Als Teile eines Monopolbetriebs haben die SRF-Programme ein besonderes Gewicht und faktisch keine Konkurrenz. Wenn ein privates Medienhaus Missstände anprangert oder sich auf öffentliche - Personen einschiesst, gibt es zahlreiche andere, mindestens gleich grosse oder grössere Konkurrenten, die es anders sehen und die Vielfalt theoretisch garantieren.

Nicht so bei der SRG. Es gibt keine Gegenmacht. Das Leitmedium hat einen staatlich geschützten Vorsprung vor allen anderen, was wiederum einen besonders verantwortungsvollen Umgang, ja eine Behutsamkeit erfordert, wenn man Kritik übt oder kritische Kampagnen gegen Personen oder Firmen führt.

Wie gehen die staatlichen Sender mit dieser Verantwortung um? Tendenziös, um es vorsichtig auszudrücken. Im letzten halben Jahr widmete sich SRF nur zwei Personen erkennbar und auf den Mann bezogen kritisch: Der eine war SVP-Nationalrat Oskar Freysinger, der in einem «Reporter»-Beitrag ohne Anführungszeichen als Rattenfänger tituliert wurde. Zwar wurde die Zeile im Beitrag selber abgemildert, aber niemals käme es den SRF-Kollegen in den Sinn, die Politiker der Mainstream-Parteien mit solchen Formeln zu beschreiben.

Der zweite Politiker im Leutschenbach-Visier war SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli. Der Medizinhistoriker musste sich in einer «Rundschau»-Sendung von einem anonymen Dissertationsbetrüger beschuldigen lassen, als Doktorvater beim mehrfachen Dissertationsbetrug mitgeholfen zu haben. Beweise für diesen bösen Vorwurf wurden keine vorgelegt. Wir wiederholen: Darf ein staatlich konzessioniertes, mächtiges Leitmedium sich bei so gravierenden Attacken lediglich auf die Aussagen eines überführten Dissertationsbetrügers stützen?

Moderator Brotz forderte den habilitierten Titularprofessor im Interview am Schluss sogar zum Rücktritt auf. In den SRF-Leitlinien heisst es: Kommentierende Aussagen seien «eher selten [...] und den Chefredaktoren, den Fachredaktionsleitern und Mitarbeiterinnen mit besonderen Fachkenntnissen vorbehalten». Brotz, der ehemalige KV-Stift aus Dielsdorf ohne Universitätsabschluss, legte eine erstaunliche Kompetenzenanmassung an den Tag.

Selbst die Überaggressivität wäre ausnahmsweise erträglich, wenn sie denn einigermaßen gerecht verteilt würde. Der Fall ist das Gegenteil. Nehmen wir wieder den bereits erwähnten Moderator. Im untersuchten Zeitraum hat er mehrere Politiker auf dem «heissen Stuhl» interviewt, darunter die damalige Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf, Aussenminister Didier Burkhalter und den CVP-Präsidenten Christophe Darbellay. Allein die Körpersprache ist aufschlussreich. Während Brotz den SVPlern Matter und Mörgeli wie ein Mitglied der spanischen Inquisition begegnet, gibt er sich gegenüber den Mittellinks-Politikern geradezu irritierend einfühlend bis kriecheisch.

CVP-Chef Darbellay zum Beispiel darf sich am 28. November 2012 über seinen Vorschlag verbreiten, es brauche eine zweite EWR-Abstimmung. Brotz eröffnet lächelnd: «Herr Darbellay, was ist Ihre Vision für Europa?» Von unten führt der Moderator dann auch die Interviews mit Burkhalter und der EU-Kommissarin Viviane Reding, der er jede kritische Frage erspart. Den Gipfel der Unterwürfigkeit allerdings erklimmt der Interviewer, als er zum Abschluss ihres turbulenten Präsidentschaftsjahrs 2012 Bundesrätin Widmer-Schlumpf ins Studio bittet.

Auf den Knien formuliert er seine Fragen: «Frau Bundespräsidentin, alles in allem: War es für Sie ein gutes Jahr?» – «Was hat Sie am meisten bewegt?» – «Welche Persönlichkeiten haben Sie getroffen?» – «In Ihrem Präsidentschaftsjahr war der Bundesrat geschlossener.» – Und so weiter. Im Filmbeitrag war das Führungsdebakel im Fall um den Nationalbank-Präsidenten Philipp Hildebrand mit Widmer-Schlumpf in einer Hauptrolle immerhin erwähnt worden. Brotz traute sich dann allerdings nicht, das Thema anzusprechen.

### **Niemals rechts**

Drittens: SRF ist ein weltanschaulich durchtränktes Gebilde, das nur oberflächlich vorgibt, neutral und objektiv zu sein. Wohlverstanden: Journalistische Objektivität ist nie zu haben. Es gibt den interesselosen, herrschaftsfreien, archimedischen Punkt nicht, den die SRF-Kollegen in ihren Leitlinien journalistisch für sich in Anspruch nehmen. Aber vor allem das

gebührenfinanzierte Leitmedium müsste zumindest den Willen zur Objektivität erkennen lassen. Hat man versucht, die Sache auch von einer ganz anderen Seite anzuschauen? Sind alle relevanten Skeptiker zu Wort gekommen? Wurde zur Abwechslung der Spiess auch einmal umgedreht, damit sich die Vertreter der obrigkeitlichen Position fundiert rechtfertigen müssen?

In dem von uns überblickten Zeitraum und in den jetzt aktuellen Debatten ist das nicht geschehen. Es mag immer einzelne Ausreisser geben. Beispielsweise brachte die «Rundschau» kürzlich eine Reportage, die das sinnlose «Asyl-Karussell» zwischen der Schweiz und Italien anhand detaillierter Recherchen sehr gut zeigte. Der Bericht machte deutlich, dass in der Schweiz abgewiesene, nach Italien zurückgeschickte Asylanten von den dortigen Behörden umweglos in die Schweiz zurückgelenkt werden.

Die gedankliche Konsequenz aus der faktenklaren Darstellung freilich zogen die Journalisten nicht. Anstatt die tiefere Ursache in den Blick zu nehmen – das nicht funktionierende Schengen/Dublin-Abkommen –, scheuten sie sich, die politischen Folgerungen aus ihren Recherchen zu ziehen.

Wir können uns an keinen Beitrag erinnern – ausgenommen die raren Dokumentarfilme von Hansjürg Zumstein –, in dem der Wille zum Ausbruch aus dem Mainstream erkennbar gewesen wäre. Das Umgekehrte war die Regel: Mehrere Sendungen befassen sich kritisch mit dem Rohstoffhandel aus der Schweiz (einziger Kontrapunkt: das Wirtschaftsmagazin «Eco» einmal spätabends). Probleme der Zuwanderung werden nahezu ausschliesslich aus der Sicht von hier lebenden Ausländern geschildert. Flüchtlingsschicksale um Sans-Papiers, Asylanten und Arbeitsmigranten sind ein auffällig wiederkehrendes Thema vor allem im Umfeld der ausländerpolitischen Debatten im Parlament («Rundschau», «Club» und mehrfach «Reporter»). Die angeblich unmenschliche Ausschaffungspraxis der Schweiz wird kritisch untersucht. Unerwähnt aber bleiben gleichzeitig die Tricks und Machenschaften, mit denen rechtskräftig abgewiesene Asylbewerber zur Verzweiflung der Behörden trotzdem im Land bleiben. Sparvorlagen im Sozialstaat werden in den SRF-Magazin-Sendungen verlässlich aus «sozialer» Sicht kritisiert unter Ausblendung grösserer Zusammenhänge etwa bei der IV, wo der angeblich so unmenschliche Sparzwang politisch längst entschärft wurde (was eigentlich zu kritisieren wäre).

Wir können uns an kein Thema erinnern, bei dem SRF für einmal eine rechte Position bezogen hätte. Manchmal sind die Sendungen neutral, in der Regel klar links.

Wie manipulativ die SRF-Journalisten dabei vorgehen, zeigt der Beitrag «Fremde Richter» in der «Rundschau» vom 5. Dezember 2012. Hier geht es um die von SVP-Nationalrat Christoph Blocher angestossene Debatte, wonach sich die Schweiz zusehends mit Tendenzen konfrontiert sieht, die demokratisch verabschiedetes Landesrecht durch völkerrechtliche Bestimmungen einzuschränken drohen. Anstatt sich offen auf die Diskussion einzulassen, lenkt Moderator Brotz die Debatte süffisant in die gewünschte Richtung. Der «Alleingangsstrategie» Blocher wird belächelt, er missbrauche Bruder Klaus für isolationistische Zwecke, «als Maskottchen». Die Frage nach den «fremden Richtern» wird schon in der Anmoderation als «Mythos der fremden Richter» abgebucht. Interessant ist die Bildsprache. Blocher taucht unter Treichlern und Fahنشwingern auf, aus dem Filmarchiv wird ein Ausschnitt von «Wilhelm Tell» gezeigt.

Schnitt. Die «Rundschau» präsentiert als Blochers Gegenpart den Schweizer Efta-Richter Carl Baudenbacher. Er hält Blochers These für eine «Leerformel». Eine zweite Experte tritt auf. Professorin Christa Tobler unterstützt Baudenbachers Position – zwei Akademiker gegen einen Politiker. Tobler behauptet, Blocher habe einen antiquierten Souveränitätsbegriff. Die journalistische Methode der «Rundschau» besteht darin, den Kritisierten nie direkt mit den Argumenten seiner Kritiker zu konfrontieren. Lieber setzt man auf die emotionalen Bilder. Hier die neutralen, vertrauenerweckenden Experten, dort der mythenumrankte Politiker im Umfeld seiner Fahنشwinger. Baudenbacher liefert die gewünschte Schlussbotschaft: «Die Schweiz muss sich in den EWR bewegen.» Ironisch kommentiert der «Rundschau»-Sprecher die entsprechenden Bilder: «Aber bei den Treichlern in Biel verhalten solche Ratschläge von -sogenannt fremden Richtern ungehört.» Der Versuch, Blochers Position zu ergründen, wurde erst gar nicht unternommen.

### **Erdbebensichere Vorurteilsstruktur**

Gerne würde man den Worten des SRG-Generaldirektors Roger de Weck glauben: «Nirgends ist der Service public so staatsfern wie bei uns.» Das Gegenteil ist richtig. Eine vertiefte Analyse der wichtigsten Sendungen offenbart eine geradezu unheimliche Staatsnähe des staatlich konzessionierten Rundfunks, eine weitestgehende Übereinstimmung der SRG mit Positionen und Begriffen der Classe politique, die zwar gelegentlich alibimässig kritisiert wird, aber niemals mit der gleichen Härte, die politischen Underdogs wie Mörgeli entgegenschlägt. Die inhaltlichen Botschaften der SRF-Programme sind von beklemmender weltanschaulicher Geschlossenheit. Sie bilden eine erdbebensichere Vorurteilsstruktur.

Als hermetisch abgedichtetes System reproduziert die SRG das von ihr verlangte Weltbild automatisch. Dass es so bleibt, dafür sorgt auch die Besetzung der Kontrollgremien. Das gleiche Mittellinks-Milieu, das die Staatssender inhaltlich bedienen, ist auch für die Überwachung zuständig. Wirkliche SRG-Kritiker konnten ferngehalten werden. Auch die Ombudsstellen sind mit geeigneten Personen bestückt. Ombudsmann Achille Casanova ist ein Loyalist des Bundesrats. Die Beschwerdeinstanz UBI leitet Roger Blum, von dem kein «friendly fire» zu erwarten ist.

Als der SVP-Parlamentarier Lukas Reimann im letzten März mehr Offenheit im Geschäftsbericht der SRG verlangte, stimmte der Nationalrat grossmehrheitlich gegen ihn. In Zeiten allgemeinen Transparenzwahns war es eine bemerkenswerte Entscheidung. Die Berner Politik würde niemals gegen ihre grösste und einflussreichste Werbepattform stimmen.

## Kommentare

[+ Kommentar schreiben](#)

**Sergio Frei**

25.04.13 | 10:22 Uhr

sagt das gleiche darbelley (cvp) ist's wegweisend und umzusetzen. sagte es die falsche partei (..vor 10jahren) war es unflätig, kein stil & form. gegenseitig, staatsbetrieb und 75% der parteien, bewirtschaften so ihr feld, lassen die "ausbader"(steuerzahler)leiden und "heute" als retter der nation feiern (ventil.nützt nix: austritt schengen/dublin subito!). der hohn geht weiter:morgens um 6uhr proklamiert der SFradio/später TV die negativkommentare der EG über "unseren" entscheid. alles show, plattformverteilung medial em jedem rechtgeben zu können. solange's zwangsgebühr gibt(gruss an moritz!

**Marc Dancer**

25.04.13 | 08:49 Uhr

Ein Kindergarten mit ein paar egoistischen, kleinen Selbstdarstellern, kreierte für die Dummen in diesem Land. Es wird sich nicht ändern! Umfassende, echte, blanke Information zu erhalten wird immer schwieriger. Was wir zu hören bekommen sind "Meinungen", zu oft miserabel recherchierte und zurechtgestutzte, manipulierte Information (die eben dann keine mehr ist sondern Desinformation), etwas 3.-klassige Unterhaltung und die versteckte Werbung von Klamotten-Ausstattern und dann natürlich noch Sport. Wie bei den Römern: Gibt dem Volk Brot und Spiele, damit es schweigt!

**Marc Dancer**

25.04.13 | 08:19 Uhr

Dieser Staat wird von Landesverrättern und Europa-Imperialisten, unter Führung des immer klarer dominierenden "neuen nationalsozialistischen Republik Deutschland", systematisch demontiert... und wird untergehen. Eventuell wird dann, nach einem Bürgerkrieg, ein kleinerer "Stadtstaat" entstehen, ähnlich wie Singapur, Hongkong, Macau der dann mit sehr viel Geld um die lebenserhaltenden Ressourcen wie Nahrung, Energie, Wasser etc. betteln muss. Quasi eine "Geldmaschine" von Gnaden unserer ach so "lieben" Nachbarn. Vielleicht werde ich das noch erleben, aber aus der Ferne!

**Jürg Brechbühl**

25.04.13 | 02:47 Uhr

Lieber Herr Köppel, Sie und ich, wir sind noch von den alten Knochen, für die sogar sein mag, dass "Die SRG ist das entscheidende Leitmedium der Schweiz, konkurrenzlos". Die 20 bis 25-jährigen verplempern ihre Zeit nicht mit langfädigen Fernsehsendungen, wo man 30 Minuten verbraucht, um Informationen zu bekommen, die man in 30 Sekunden aufnehmen und kritisch durchdenken kann. Meine jungen Studienkollegen führen mir das täglich vor. Darüber schreibe ich ab und zu in meinem eigenen Studentenblog.

**Jürg Brechbühl**

25.04.13 | 02:46 Uhr

/2 Meine jungen Studienkollegen informieren sich im Internet und die Frage ist eher, wie wie umfassend sie sich in den verschiedenen Sparten unseres demokratischen Diskurses zu informieren vermögen. Internet-Information ist sehr stark fragmentiert. Man findet nur hoch-spezialisierte websites. Eine Tageszeitung die bei Aussenpolitik anfängt, Innenpolitik, Regionales, Sport, Feuilleton, Tratsch bietet, das komplette Dasein ausfüllt, so etwas findet man im Internet nicht.

**Markus Freuler**

25.04.13 | 01:32 Uhr

Dass der Grossteil der "Journalisten" links ist, ist empirisch bewiesen. Wer das bezweifelt ist entweder ein totaler Ignorant oder er hat politische Interessen. Bezeichnend ist ja die Selbstauskunft der "Journalisten" in den deutschen Medienhäusern. Und die ist ja gerade deshalb nicht zu bestreiten. der begrenzte Medienmarkt in der Schweiz verstärkt diesen Effekt nur noch.

Wenn man lesen konnte, wie viele "Journalisten" weniger Respekt für die grosse Frau Thatcher aufbringen konnten, als für Osama bin Laden, dann heisst das doch schon etwas.